

## **Zwanzig Jahre Deutsche Einheit - eine Bilanz**

**Hans-Georg Wieck**

**Oktober 2010**

- I. Der Deutsche Vereinigungsprozess als internationales Ereignis
- II. Die Reformansätze in Moskau und Beijing
- III. 20 Jahre nach den epochalen Veränderungen auf der internationalen Ebene des Jahres 1990
- IV. Die Menschen in der DDR und ihr Wille zur deutschen Einheit
- V. 20 Jahre Deutsche Einheit – eine Bilanz
- VI. Schlussbetrachtungen – Die neue Lage

## I.

## Der deutsche Vereinigungsprozess als internationales Ereignis

**Vom Albtraum der deutschen Einheit vor 1989 zur Einheit Deutschland als Fundament der Einheit Europas nach 1989**

Der Fall der Mauer am 9. November 1989 löste in Europa und der Welt nicht nur Freude und Genugtuung über den Sieg der Freiheit über die Unterdrückung aus.

Plötzlich stand die deutsche Frage als brisantes Thema der internationalen Politik auf der Tagesordnung.

Jahrzehnte hindurch waren die Wiedervereinigung und die politische Einheit des deutschen Volkes ein Nichtthema – ein Tabu.

Angesichts dieser internationalen Situation konzentrierte sich die westdeutsche Politik Jahrzehnte hindurch in der Deutschlandfrage auf die Bemühungen um menschliche Erleichterungen für die Menschen im anderen Teil Deutschlands.

Es fiel Frankreich und Großbritannien schwer, den Vereinigungsprozess hinzunehmen. Washington, Moskau und Bonn waren die treibenden Kräfte, die auch die Problemlösungen fanden. Und die Menschen in der früheren DDR, vor allem die Dissidenten – aber auch die breiten Bevölkerungsschichten waren die treibende Kraft auf der innenpolitischen Ebene in Deutschland. Sie konnten sich wie die Dissidenten in anderen mitteleuropäischen Staaten entfalten, weil Moskau nach Gorbatschows Wahl zum Generalsekretär der KPdSU im Jahre 1985 von der Interventionsstrategie der Breshnew-Doktrin abgerückt war.

Die Berliner Republik unterscheidet sich von der Bonner Republik durch ihr Gewicht und ihre Verantwortung auf der internationalen Ebene und durch den sich über einen langen Zeitraum hinziehenden schwierigen Verschmelzungsprozess der unterschiedlichen politischen Bewusstseinslagen und der politischen Befindlichkeiten der Menschen in Ost- und Westdeutschland.

Aus guten Gründen wurde bei den Bundestagswahlen im Dezember 1990 in zwei getrennten quasi-nationalen Wahlkreisen das Wahlergebnis ausgezählt.

Bevor wir die Entwicklungen der beiden seit 1990 verstrichenen Jahrzehnte der deutschen Einheit auf nationaler und internationaler Ebene in Betracht ziehen, lassen Sie mich die Komponenten identifizieren, die 1990 in die Gesamtlösung eingebracht und mit einander passend gemacht wurden:

1. Die Vereinigung wurde möglich, weil sie durch den Willen der mitwirkenden Menschen in der DDR zur Freiheit und zur Ablösung des autoritären Regimes (DDR) auf friedlichem Wege ausgelöst wurde. Diese Bewegung war eingebettet in die Freiheitsbewegung anderer europäischer Länder unter sowjetischer Kontrolle (Polen, Ungarn). Die Freiheitsbewegung konnte sich entfalten, weil Moskau die Interventionspolitik nach der so genannten Breshnew-Doktrin 1985 hatte. Ohne die Deckung und Unterstützung Moskaus wagte kein nationalkommunistisches Regime den Waffeneinsatz gegen die eigenen Bürger.

Die Vereinigung wurde möglich, weil sie unter friedlichen Rahmenbedingungen und auf friedlichem Wege, also mit friedlichen Mitteln („Keine Gewalt“) vorbereitet und durchgesetzt wurde und einen demokratischen Wahlgang in der DDR einschloss (18. März 1990), mit dem die Bürger selbst den Willen zur Einheit und zwar zur Einheit durch den Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des GG auf demokratisch legitimen Wege manifestierten (Allianz für Deutschland; Lothar de Maiziere, CDU).

Dieses Konzept setzte sich gegen das Konzept von Bündnis 90 (Artikel 146 GG) durch, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Grund: Die DDR war finanziell am Ende, und die Bevölkerung wollte nicht das Risiko eingehen, die sich im Augenblick bietende Möglichkeit zur Einheit durch langwierige Verhandlungen über eine neue Verfassung aufs Spiel zu setzen. Sie wählte mit dem Votum für die „Allianz für Deutschland“ die Bundesregierung, nicht irgendeine Partei. SPD und Bündnis 90 (Vereinigung demokratisch orientierter Dissidenten Gruppen wie „Neues Forum“, „Demokratie“ und „Initiative Frieden und Menschenrechte“) traten dafür ein, dass bundesdeutsche Politiker nicht im Wahlkampf für den 18. 3.1990 auftreten sollten. Darin manifestierte sich der Wunsch, der politische Wille besonders der Dissidenten, auch aber der Regimeanhänger, nicht einfach das politische System der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen, das für die Nomenklatur, aber auch für andere Bürger der DDR, die Inkarnation des verhassten kapitalistischen Systems und der NATO war und ist, also der Klassenfeind.

Die Einheit wurde möglich, weil sich die Bundesrepublik Deutschland in den vierzig Jahren ihrer Existenz und mit ihren 62 Millionen Einwohnern weltweit und vor allem bei ihren Nachbarn das Ansehen einer demokratisch regierten, rechtsstaatlich verwalteten, dem Respekt vor individuellen Menschenrechten verpflichteten (Teil)-Nation mit einem enormen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und geistigen Potenzial erworben hatte. Sie war zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Sie besaß dieses Ansehen in den USA wie auch bei der sowjetischen Führung und in der sowjetischen Bevölkerung. Frankreich und Großbritannien fürchteten um ihre privilegierte Stellung in Europa und in der Welt und versuchten vergeblich, den Prozess durch Verhandlungen in die Länge zu ziehen.

Die Vereinigung wurde möglich, weil die Vier Deutschland-Mächte die politische, die rechtliche und die moralische Legitimität der politischen Einigungsbewegung anerkannten und ihre Rechte in Deutschland in diesem Sinne anwendeten (2 plus 4-Verhandlungen.) und diese Rechte auf diesem Verhandlungswege selbst aufhoben.

Von 1945 bis 1990 übten die vier Mächte die Schlüsselrechte des souveränen deutschen Staates aus (alle Deutschland als Ganzes, den Status von Berlin und die Lufthoheit betreffenden Rechte und Fragen).

Heute haben nach der Analyse von Tatiana Timofeeva („FORUM, Heft, 1, 2010; Historikerin, Moskauer Staatsuniversität) 68,1 % der russischen Bevölkerung positive Gefühle für Deutschland und etwa 14,9 % negative Gefühle. Bei den Menschen bis zum 50. Lebensjahr liegt die positive Einstellung bei über 70 %.

Schon im Jahre 1990 sahen 35,9 % der sowjetischen Bevölkerung die deutsche Einheit als „rechtmäßig und gerecht“ an, weitere 23,1 % als rechtmäßig, aber zu schnell realisiert an. Nur 12 % sahen darin einen politischen Rechenfehler Gorbatschows und 11 % die größte außenpolitische Niederlage der UdSSR. Bei den Menschen bis zum 30. Lebensjahr lagen die entsprechenden positiven Werte bei 44,1 bzw. 21,1 %.

Tatiana Timofeeva fasst die Ergebnisse einer von ihr unternommenen Befragung in den Worten zusammen: „Unabhängig von der Einschätzung der Perestroika, Gorbatschows oder der sowjetischen Außenpolitik haben alle Befragten die Wiedervereinigung Deutschlands als gerechtes und positives, oft sogar als fröhliches Ereignis bezeichnet. Die Meinungen der verschiedenen Generation unterscheiden sich kaum. Die Fragebögen der Eltern und Großeltern sind am emotionalsten. Kinder können sich auf Grund ihres Alters kaum an diese Jahre (des Zustandekommens der Einheit) erinnern. Etwa zwei Drittel der älteren Befragten verwenden das Wort „Freude“, oft auch „Befriedigung“ oder sprechen sogar von „Stolz für das deutsche Volk, das den Faschismus überlebt hat, und so einen starken Willen nach einer demokratischen Entwicklung der ganzen Nation gezeigt hat.“

Die Einheit wurde möglich, weil sie internationalpolitisch in den umfassenden, in den Römischen Verträgen verankerten europäischen Einigungsprozess der EU und in den noch umfassenderen Prozess der KSZE eingebettet war, den wir – einer Wortprägung von Michel Gorbatschow folgend - die Bildung des „Gemeinsamen Hauses Europa“ nennen, eine Gemeinsamkeit, die sich in europaweiter Abrüstung (KSE-Vertrag November 1990) und einer gemeinsamen politischen Werteordnung (Charter von Paris November 1990) manifestierte:

Ich spreche zum Einen von dem weitestgehenden Vertrag der europäischen Geschichte über Abrüstung und Rüstungskontrolle vom 17. November 1990 (NATO-WP) , mit dem der Kontrolle unterliegende Höchstgrenzen für konventionelle, Streitkräfte zwischen dem Ural und dem Atlantik vereinbart und umgesetzt wurden, einem Vertrag auch, der ebenfalls die Anmeldung von Manövern und Truppenverschiebungen regelt.

Ich spreche zum Anderen von der Charter von Paris vom 18. November 1990, mit der die Grundlage einer gemeinsamen europäischen politischen Werteordnung, - Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Marktwirtschaft - für das ganze Europa, also auch für die Sowjetunion vereinbart wurde, die Schritt um Schritt auch in den bislang totalitär, autoritär, undemokratisch, nicht rechtstaatlich und gleichzeitig staatswirtschaftlich regierten Teilen Europas Geltung und Anwendung finden sollte.

Der in mehreren Hauptstädten sichtbar werdende politische Gestaltungswille war von epochaler Bedeutung und Dimension. In diesem gemeinsamen Handeln wurde der Kalte Krieg als Konzept und Wirklichkeit zu Grabe getragen.

Man muss fragen, wie es zu dieser dramatischen Veränderung der politischen Landschaft Europas, vor allem in der Weltsicht Moskaus hat kommen können. Die Antwort ist in einer strategischen Kurskorrektur zu sehen, die in den siebziger und achtziger Jahren auf verschiedene Weise, aber aus den gleichen Gründen in den beiden kommunistischen Großmächten – China und Sowjetunion -vorgenommen wurde.

## II.

### **Die Reformansätze von Moskau und Beijing**

Die letzten Jahre der Breschnew-Ära waren durch die politische, wirtschaftliche und ideologische Stagnation des Landes in seiner Gesamtheit geprägt. Die Erfolglosigkeit der militärischen Intervention in Afghanistan (1979) machte diesen Zustand augenscheinlich.

In China und in Moskau setzte die Reformpolitik ein – vor dem Hintergrund der Einsicht, dass, wie Gorbatschow auf der Parteikonferenz 1986 ausführte, erkennbar geworden war, dass das kapitalistische System – entgegen den Annahmen von Marx und Engels - nicht an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde geht und daher das sozialistische System historisch betrachtet nicht dessen Nachfolge antreten kann. Wenn das der Fall ist, muss sich das sozialistische System reformieren, um konkurrenzfähig zu werden. Die beiden Länder – China und die Sowjetunion - haben unterschiedliche Wege eingeschlagen. China ist dabei, eine der im globalen Rahmen leistungsfähigsten und kapitalistisch gestalteten Volkswirtschaften zu entwickeln. Russland gründet seine internationale Stellung auf seinen Reichtum an Rohstoffen, vor allem an fossilen Energieträgern. Die notwendige Industrialisierung und Modernisierung des Landes und seiner Wirtschaft ist bislang nicht vorangekommen und hat immer noch keine hoffnungsvolle Perspektive.

In der besonderen Konstellation des Kalten Krieges war schließlich auch Moskau zu der Einsicht gelangt, dass ein nuklearer Krieg nicht gewonnen werden kann – auch nicht von der Sowjetunion. Daher musste es das Ziel einer auf die Stärkung und Modernisierung der Wirtschaftskraft ausgerichteten sowjetischen Außenpolitik sein, mit dem Opponenten – den USA und NATO - zu substantiellen Abrüstungsabkommen und zur Umstellung einer militärischen Offensivstrategie auf eine Defensivstrategie zu gelangen - mit entsprechenden Reorganisationen und Reformen der Streitkräfte.

Die USA und Russland haben im Jahre 2009 ein neues Abkommen zur Reduzierung der strategischen Waffensysteme verabschiedet und kooperieren auf den Feldern des internationalen Krisenmanagement (Nahe und Mittlerer Osten).

In Moskau und wohl auch Beijing wurde erkannt, dass Länder wie die Bundesrepublik Deutschland und Schweden die soziale Frage in das kapitalistische System integriert hatten und dennoch auf dem Weltmarkt in eindrucksvoller Weise mit ihren innovativen Produkten konkurrenzfähig blieben, auf vielen Gebieten Weltmarktführer wurden.

Die USA nutzen, wie die Sowjetunion erfahren musste, die technologische Innovationsfähigkeit des kapitalistischen Systems für innovative Militärtechnologie, die China und Russland immer wieder kopieren mussten, um mithalten zu können, aber nie die Kraft, die Motivation und die Fähigkeit zur eigenen technologischen Innovation entwickeln konnten.

Diese dem Westen durchaus geläufige Lage der Sowjetunion und in China wurde durch geheime sowjetische Dokumente der militär-industriellen Kommission belegt. In jährlich auf den neuesten Stand gebrachten Listen wurde in Moskau festgestellt, welche Technologien aus dem Westen beschafft werden mussten. Diese Listen kannte der Westen, auch die Dokumente, die belegten, dass ab 1996 in der Sowjetunion ein paralleles Wachstum der Militärausgaben und des Lebensstandards der Bevölkerung nicht mehr möglich sein wird.

Schon im Jahre 1980 konzedierte im vertraulichen Gespräch der Leiter des sowjetischen Amerika/Kanada-Instituts, Arbatow sen., dass man im europäischen Vorfeld den ideologischen Kampf verloren habe und im Jahre 1986 berichtete der BND, dass die als Breshnew-Doktrin bekannte Interventionsstrategie im Falle ideologisch-politischer Abweichungen im Vorfeld aufgegeben worden sei. Gorbatschow drängte das europäische Vorfeld (RGW, WP) zu Reformen und suchte die Verständigung mit den USA über Abrüstung (nuklear, konventionell), um die für die notwendigen Wirtschaftsreformen erforderlichen Finanzen und Kräfte freizusetzen. Nach westlichen Berechnungen wandte die Sowjetunion mehr als zwanzig Prozent ihres Bruttosozialprodukts (BSP) für das Militär auf.

Moskau hat die Wirtschaftskraft und das politische Regenerationspotenzial der Bundesrepublik Deutschland immer sehr hoch eingeschätzt. Ungeachtet des Kalten Krieges wurden Verträge über Gas- und Öllieferungen, sowie Gegenlieferungen der nahtlosen Rohre für die Pipelines, und ein Vertrag über den Bau des OSKOL Stahlwerk geschlossen.

Es gab Versuche, deutsche Automobilfirmen zu Investitionen zu bewegen. Das hat dann FIAT, Italien, getan.

Die DDR hat die Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland für die SU stets unterschätzt, und das offizielle Bonn sowie die Medien haben die Wirtschaftskraft der DDR bis zum Ende der DDR überschätzt. Die Fehleinschätzung geht auf die Entscheidung der sozial-liberalen Regierung vom Jahre 1969 zurück, die jährlich dem Deutschen Bundestag zu erstattenden Berichte zur Lage der Nation künftig in Bezug auf die DDR auf die statistischen Jahrbücher der DDR abzustellen. Danach war die DDR die „zehnstärkste Industrie-Nation“ der Welt.

In der NATO wurden bei den jährlichen Bewertungen des sowjetischen Blocks nachrichtendienstlich gewonnene Erkenntnisse verarbeitet, und das Bild der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Sowjetblocks, einschließlich der DDR fiel sehr viel bescheidener aus, als es die statistischen Publikationen der WP-Mitgliedstaaten vorgaben.

Bei seiner Reformpolitik setzte Gorbatschow auch auf industrielle Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland zur Modernisierung der sowjetischen industriellen Basis, die, wie wir wissen, auch heute noch marode ist, weil die russische technologische und unternehmerische Mittelschicht nach 1917 beseitigt wurde und die heutige Mittelschicht in der Staatswirtschaft bzw. staatlich kontrollierten Privatwirtschaft groß geworden ist.

Auch ist die Unabhängigkeit der Gerichte nicht gewährleistet. Noch viel weniger wird staatliches Handeln durch Kontrolle und Eingriffe von Verwaltungs- oder Verfassungsgerichten oder gar einem Gerichtshof für Menschenrechte oder Völkermord eingeschränkt oder aufgehoben.

Über das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und über das Ansehen Deutschlands in seiner Gesamtheit habe ich nach meinen Moskauer Jahren (1977-1980) in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik im November 1980 vorgetragen. Im Jahre 1984, also während meiner Zeit als NATO-Botschafter habe ich im „NATO-Brief“ über die sowjetische Entscheidung zur Reform berichtet. Ich sprach von dem sowjetischen, aus Gründen der Wirtschaftsreform geäußerten Wunsch nach neuen Sicherheitsabsprachen mit den USA und NATO und von der sowjetischen Bereitschaft, dem europäischen Vorfeld mehr Autonomie einzuräumen.

### **III.**

#### **20 Jahre nach den epochalen Veränderungen auf der internationalen Ebene im Jahre 1990**

Nicht alle Erwartungen an die weitere internationale Entwicklung haben sich erfüllt, wenn wir jetzt – zwanzig Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit unter exzeptionell günstigen Rahmenbedingungen - Bilanz ziehen,

1. Am 9. November 2009, also zwanzig Jahre später, veranstaltete Paris ein Feuerwerk auf der Place de la Concorde, um den Mauerfall zu feiern. Ähnliches, wenn auch nicht so Spektakuläres ereignete sich in London. Das sind nur einige der vielen positiven Bilanzen aus dem Jahre 2009 – anlässlich des 20. Jahrestages des Falls der Mauer. Und in diesem Jahr beabsichtigt Moskau, am 3. Oktober 2010, den zwanzigsten Jahrestag der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf besondere Weise zu begehen.

Die Erwartungen an die positiven internationalen Folgen der deutschen Einheit sind im Großen und Ganzen nicht enttäuscht worden.

Auf der internationalen Bühne hat die Vereinigung

- das Ende des Kalten Krieges, der ja ideologisch und militärisch um die Zukunft Deutschlands und Mitteleuropas geführt wurde und zur Spaltung des Kontinents geführt hatte, möglich gemacht und ebenso
- 
- die Aufnahme aller freien Staaten in Europa in die Europäische Union, wenn sie es dann wollen und die Europäische Union es verkräften kann, möglich gemacht und zum großen Teil vollzogen.

Daher wird die Vereinigung Deutschlands auch im Ausland heute ganz überwiegend positiv gewertet.

2. Es ist aber auch deutlich geworden, dass die Europäische Union ein wirtschaftlich starkes, leistungsfähiges, innovatives Deutschland braucht, das politische Stabilität auf der Basis einer freiheitlichen, demokratischen Verfassung besitzt und immer wieder neu schafft.

Und Deutschland braucht ein handlungsfähiges kohärentes Europa. Dafür muss es – schon in eigenem Interesse - auch besondere Verantwortung übernehmen (z.B. Förderung eines integrierten Erdgas-, Erdöl- und Stromnetzes).

Es stellt sich die Frage, ob dafür die erforderliche breite Unterstützung in Deutschland vorhanden ist. Wie könnte sie geschaffen werden, wenn das nicht in ausreichendem Masse der Fall ist?

Im Kalten Krieg hatte - angesichts der tödlichen Bedrohung durch die Sowjetunion - die politische Solidarität mit den USA und den anderen NATO-Staaten die höchste Priorität in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Und diese Politik hat bis zur deutschen Einheit nicht unumstrittene, aber doch sehr breite Unterstützung in der Bevölkerung gefunden. Die Bundesregierungen haben sich aber auch stets sehr aktiv um diese Unterstützung durch die Öffentlichkeit bemüht.

Gleichwohl, in manchen Hauptstädten Europas gibt es auch ein Unbehagen wegen der wirtschaftlich und finanziell begründeten Dominanz Deutschlands im Verband der Europäischen Union.

Daher hat sich die Union im Lissabonner Vertrag bei der Regelung der Abstimmungen um Gewichtungen bemüht, die diesem Bedürfnis im Interesse der Kohäsion Europas Rechnung tragen.

Das Ende des Kalten Krieges hat das Tor weit geöffnet für eine Zukunft Europas in Frieden, Freiheit und Wohlstand – eine Zukunfts-Perspektive, die durch die Entwicklung der Europäischen Union glaubwürdig vorgezeichnet ist – eine Perspektive die im Jahre 1945 unvorstellbar war.

**3. In sicherheitspolitischer Hinsicht aber hat es gegenüber der Lage von 1990 gravierende Änderungen in diesen zwanzig Jahren gegeben, die durch die Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 und dem damit verbundenen Scheitern der Gorbatschow-Reformpolitik sowie durch den Zerfall Jugoslawiens im Winter 1991/92 eingetreten sind.**

Diese Entwicklung hat zur Ausweitung der NATO-Mitgliedschaft in den früher sowjetisch beherrschten Raum geführt.

Aus der fast zehnjährigen Periode der Wirren und des wirtschaftlichen Verfalls in Russland ging das formal demokratische, im Kern aber autoritär geführte Putin-Russland hervor, dessen Wohlstand auf Erdöl- und Erdgas-Einnahmen, aber nicht auf einer wettbewerbsfähigen Industrie beruht, die Gorbatschow und seine Nachfolger im Kreml in Kooperation vor allem mit Europa und insbesondere mit Deutschland - zu schaffen, hofften und weiterhin hoffen.

Die Hoffnung auf dauerhafte, schließlich auch demokratische Stabilität in Russland und die Furcht vor neuen, auch durchaus erkennbaren Dominanztendenzen im russischen außen- und sicherheitspolitischen Denken, vor allem gegenüber seinen Nachbarn und früheren Mitbürgern in der Sowjetunion und im Zarenreich (Georgien, baltische Republiken) bestimmen heute das Verhältnis der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten – in jeweils nationaler Ausprägung – zu Moskau.

Das Verhältnis der Europäischen Union zu Russland ist daher vielschichtig. Entfaltungsmöglichkeiten und Gefahrenpotenziale halten sich die Waage.

Viele Probleme bestehen, viele ungelöste Fragen liegen auf dem Tisch und harren einer überzeugenden Antwort.

Die Partnerschaft, auch in Verträgen beschworen, ist ein Gebot der Stunde, aber sie hat sich bislang auf einer vertrauensgestützten Grundlage nicht entwickeln lassen.

Im gesamteuropäischen Kontext stellt Russland in sicherheitspolitischer Hinsicht die Hauptsorge dar.

In den Nachwehen zur Auflösung Jugoslawiens kam es zum ersten militärischen Einsatz der NATO gegen eine Bedrohung, und zwar gegen Belgrad – Serbien. Nun schultert die Europäische Union die Befriedung der Balkan-Region durch schrittweise Heranführung dieser Staaten an die Europäische Union.

#### IV.

#### **Die Menschen in der DDR und ihr Wille zur deutschen Einheit**

## **Anmerkungen zur Lage in der DDR am Ende der achtziger Jahre**

### (1). Wirtschaft:

Im Jahre 1969 beschloss die Sozialliberale Koalition, die jährlichen, an den Deutschen Bundestag zu richtenden Berichte zur Lage der Nation in Bezug auf die DDR auf die statistischen Jahrbücher der DDR abzustellen, d.h. nicht mehr auf die Analyse der Geheimdienste. So verhielten sich auch die OECD und die Vereinten Nationen. So konnte sich das Bild der DDR-Wirtschaftskraft in das öffentliche Bewusstsein einprägen. Im NATO-Kontext erfolgte die Analyse des Sowjetblocks stets auf der Basis der Geheimdienstberichte. Und da sah das Bild ganz anders aus. Auch die DDR betrieb ihre technische Innovation auf dem Wege über Spionage. Die DDR verschaffte sich mit der Verarbeitung des relativ preiswert aus der Sowjetunion importierten Erdöls zu kommerziellen Produkten die Möglichkeit, sie im Westen gegen Hartwährung zu verkaufen. Innerwirtschaftlich (Wärme, Strom) stellte sie für den eigenen Energiebedarf auf die Nutzung der heimischen Braunkohle ab. Die Bundesregierung überschätzte daher die Wirtschaftskraft der DDR, als es zur Vereinigung im Jahre 1990 kam.

### (2). Frieden in Europa auf der Basis der Teilung Europas und Deutschlands?

Wegen des TABU für die deutsche Frage und wegen der Präferenz in weiten Teilen des politischen Establishments der Bundesrepublik Deutschland für die Hinnahme der Teilung im Interesse der Stabilität Europas auf der Basis der beiden Blöcke, aber auch wegen des Albtraums von 80 Millionen Deutschen in einem Staat und der Furcht vor einer Wiederaufnahme der kaiserlichen oder der NS-Außenpolitik, war die Suche nach menschlichen Erleichterungen Jahrzehnte hindurch der wesentliche Inhalt der westdeutschen DDR-Politik.

### (3) . Die Stimmungslage in der DDR

Der BND berichtete dann auch über das entstehende eigene Staatsbewusstsein. Das war die Lage, die ich 1985 bei meinem Dienstantritt vorfand. Daher entwickelte ich die Idee der regelmäßigen Befragungen der Besucher und Übersiedler über die mit der deutschen Einheit verbundenen Themen - erstmals seit Menschengedenken wurde diese Fragestellung in die Fragebögen aufgenommen. Auch die Alliierten fragten das nicht – das ist ja verständlich, aber im Falle Deutschlands eigentlich unverständlich.

Alle sechs Monate (Spiegel hat darüber im Februar 2010 auf der Grundlage ihm vom BND ((Bundesarchiv)) überlassener Akten berichtet) wurde der Bericht zur politisch-psychologischen Lage in der DDR – an die Bundesregierung, an den Innerdeutscher Ausschuss des Deutschen Bundestages, aber auch an das Weiße Haus in Washington, Downing Street, London und an den Elysee-Palast, Paris, sowie an einige andere Partnerdienste geleitet.

Ergebnis mit Abweichungen seit Anfang 1986 bis Ende 1989

75 % für Vereinigung – wann, ungewiss, Grund: Lebensstandard

25 % häftig Nomenklatur und Dissidenten

Die Dissidenten wünschten die Demokratisierung der DDR; die Vereinigung stellte keine Priorität dar.

Das war These: Wir sind das Volk. Als Elemente der 75 % zu den Protestaktionen kamen, wurde es die These „Wir sind das Volk – einig Vaterland.“

Bundeskanzler Kohl erwähnt die Befragungsergebnisse in seinen Memoiren.

Bundesminister Genscher hatte diese Ergebnisse ebenfalls in Händen.

Beide stimmten in unseren Gesprächen dieser Wahrnehmung der Stimmungslage in der DDR durch den BND zu.

Berichte über Gorbatschow-Honecker-Gespräche lagen vor: „Wir können Ihnen bei Ihrer Sicherheitslage nicht helfen. Das müssen Sie selbst erledigen“. Das war sowjetischer Druck, dem Westen und dem innerem Druck nachzugeben.

Das DDR-Regime befand sich am Abgrund. Die Schutzmacht, die 1953 militärisch intervenierte, hatte sich zurückgezogen.

Schlüsselpersonen des offiziellen DDR-Kulturlebens vereinigten sich im Oktober 1989 mit den Dissidenten und der Volksbewegung. Die Ereignisse in Polen (Runder Tisch) beflügelten die Opposition zum Regime.

Gleichwohl: Es bestand immer die Gefahr des Gebrauchs der Waffe in einer kritischen Situation. Daher lautete die erste Forderung der Bürger an das Regime: Verzicht auf Gewaltanwendung!

Der friedfertige Vorlauf zum Fall der Mauer, der zum Runden Tisch und zu den ersten freien Wahlen in der DDR (18. März 1990) führte, hat den Wandel der im Grunde ablehnenden Haltung vieler Nachbarstaaten Deutschlands zu einer positiven Einstellung hin mitbestimmt.

## V.

### **20 Jahre Deutsche Einheit – eine Bilanz**

Im jüngst veröffentlichten Bericht der Bundesregierung zum 20jährigen Bestehen der deutschen Einheit wird ein vorwiegend positives Bild vom Aufbau der neuen Bundesländer, der Entwicklung ihrer Wirtschaft und der Befindlichkeit der Menschen gezeichnet

„Die deutsche Einheit ist erwachsen geworden. Ich kann heute eine Bilanz vorlegen, auf die die Deutschen stolz sein können.“

„Seit 1990 wurde in kurzer Zeit unglaublich viel erreicht. Dahinter steht eine große Leistung – in erster Linie der Menschen, die mit Zuversicht und Entschlossenheit einen

Wandlungsprozess angegangen haben.“ – so Bundesminister des Innern de Maiziere am 20. September 2010.

Nach Meinungsumfragen über die Bilanz der ersten zwanzig Jahre antworten auf die Frage „Ist die deutsche Wiedervereinigung für Sie eher Anlass zur Freude oder zur Sorge“ antworten „Anlass zur Freude“ 53 % in Westdeutschland und 57 % in Ostdeutschland (FAZ 22.09.2010 „Blühende Landschaften“, Aufsatz von Dr. Thomas Petersen).

Zwei Drittel der Menschen in beiden Teilen Deutschlands sind davon überzeugt, dass das Zusammenwachsen gelingen wird.

Das umfangreiche Papier der Regierung zur Bewertung der ersten zwanzig Jahre der deutschen Einheit enthält eine Bilanz der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung seit 1990. Es beschreibt ebenfalls die Aufgaben, die bis zum Ende des Solidarpakts II (2019) zu erfüllen sind – nämlich Stärkung der Wirtschaftskraft und Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

So sieht die Bilanz aus:

Im Jahre 1991 lag das Bruttoinlandprodukt pro Einwohner bei 33,5 % des westdeutschen Niveaus, inzwischen sind es 73 %. 1990 brach der RGW-Markt der DDR weg, d.h. mehr als 50 Prozent der Industrie-Produktion des Landes. hatten keinen Abnehmer mehr. Die Sowjetunion stellte den Außenhandel auf harte Währung um. Die Weichwährungsregelungen hatten ihre Relevanz verloren. Aber auf diese Weichwährungsregelungen war die DDR-Wirtschaft Jahrzehnte hindurch getrimmt.

Die neuen Länder verfügen heute wieder über ein international wettbewerbsfähiges verarbeitendes Gewerbe. Der Dienstleistungssektor ist seit 1995 kontinuierlich gewachsen. Moderne industrielle Kerne sind entstanden - z.B. bei Solar- und Umwelttechnologie. Die Kohle-Kraftwerkstechnik gehört zu den modernsten überhaupt. Aus den LPG entstanden etwa 30 000 Betriebe in unterschiedlichen Rechtsformen und Betriebsgrößen. .

Enorme Summen gingen in die Infrastruktur: Telekommunikation, Verkehrswege. Etwa 2.000 Straßenkilometer wurden erneuert oder neu gebaut.

Stadterneuerung. fand und findet statt. Historische Stadtkerne sind wieder hergestellt worden.

Arbeitslosigkeit:

Nach der Stilllegung großer Teile der maroden DDR-Industrie war Anfang der neunziger Jahre jeder dritte Erwerbsfähige arbeitslos. Erstmals seit 1990/191 sank die Arbeitslosigkeit jetzt unter eine Million.

Mit einer Erwerbstätigen-Quote von über 68 Prozent liegen die neuen Bundesländer zwar noch unter der der alten Bundesländer (71 %), aber sie sind höher als im EU-Durchschnitt

Nach Auffassung des Wirtschaftssachverständigen für die neuen Bundesländer Prof. PAQUÉ, zeitweilig Finanzminister in einem der neuen Bundesländer, ist die wirtschaftliche Lage wie folgt zu kennzeichnen::

(1). Der Aufbau Ost war unvermeidlich – und zwar so, wie er geschah. – mit sofortiger Währungsunion, zügiger Privatisierung, massiver Wirtschaftsförderung. Alternativen gab es nicht wegen der hohen Mobilität der Arbeitskräfte als Frucht und Preis der Freiheit.

(2). Die Ergebnisse sind besser als angenommen aber schlechter als in den frühen 90er Jahren erwartet. Das ist aber auch die Folge von 40 Jahren Sozialismus (Beseitigung der unternehmerischen Mittelschicht und 40 Jahre Abschottung vom Weltmarkt).

(3). Der ostdeutschen Wirtschaft fehlt es noch an Innovationskraft – daher Rückstand in Produktivität, Aber betriebliche Flexibilität und niedrige Lohnstückkosten vorteilhaft, Stärkung der industriellen Innovationskraft steht im Vordergrund der Bemühungen von Aufbau Ost (Innovation ist das Erfolgsrezept der westdeutschen Industrie).

Zu den wichtigsten Erfolgen gehört der Ausbau der sozialen Sicherung. In der DDR war die Lage der Rentner, Invaliden und Behinderten sowie Hinterbliebenen dürftig. (Rente DDR im Jahre 1983 ein Viertel des westdeutschen Niveaus; bei Berücksichtigung der Kaufkraft lag die Rente bei einem Drittel (Subventionen von Brot und anderen Lebensmitteln). Heute hat das Rentenniveau 90 % des Westens erreicht. Die Lebenserwartung liegt heute fast beim westdeutschen Durchschnitt für Männer und Frauen

In Zukunft in erster Linie Stärkung der Wirtschaft und Beseitigung der Arbeitslosigkeit - so auch Bundesminister de Maiziere .

Nun - so sieht es die Regierung. Es gibt aber auch kritische Anmerkungen zu machen:

Vor allem erleben wir weiterhin ein Passivsaldo bei der Wanderungsbewegung – pro Jahr jetzt von etwa 50.000 Menschen. Das ist bedeutend weniger als in den ersten Jahren. Seit 1990 haben etwa 1,5 Millionen Menschen die neuen Bundesländer verlassen, vor allem junge Menschen. Von 1945 bis 1990: 4 Millionen..

Es ist bislang auch nicht gelungen, das beiderseitige Misstrauen – Wessis-Ossis - zu überwinden. De Maiziere: „Die historisch begründete Distanz und fehlende Vertrautheit zwischen Ost und West“ gilt es noch zu überwinden. Vorurteilen muss begegnet, Klischees müssen überwunden werden. Das Wort von Helmut Kohl von den blühenden Landschaften beschreibt die Realität von 2010 nicht umfassend. Neben den blühenden Landschaften gibt es auch Industriebrachen und auch gescheiterte Biographien.“

Es hat sich auch – angefacht oder verstärkt durch die globale, auf die USA zurückgehende Finanz- und Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt, der Weltwirtschaft, eine neue Schule des Neo-Sozialismus gebildet, denke ich – dargestellt in Teilen der LINKEN - , die sich – nun befreit von der Fessel der sowjetischen Misswirtschaft - mit den Idealen einer sozialistischen Wirtschaftspolitik befasst, die das marode und desolate kapitalistische System ablösen soll. Man hat sich für besser, für systemtreuer gehalten als die SU, und übersieht die Preissubventionen und Finanzausschüsse, die man hatte – von der Sowjetunion und von der Bundesrepublik Deutschland. Man ignoriert die Bankrottsituation der DDR im Jahre 1989/90

Die Renaissance des Glaubens an den Sozialismus angesichts der akuten Krise des Kapitalismus erklärt die Unterstützung der Linken in den neuen Bundesländern durch Teile der Bevölkerung, vor allem die Kreise der alten Nomenklatur (25 Prozent)-. Auch die Nostalgie und die Existenz alter Seilschaften spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle. In Westdeutschland ist die Linke schon wieder auf 5 Prozent zurückgefallen

Viele Bürger der neuen Bundesländer fühlen sich in der Bundesrepublik noch nicht angekommen. 62 Prozent der Ostdeutschen befinden sich in einer Art Schwebezustand. Eine stärkere Identifizierung mit der Bundesrepublik gibt es bei den 25jährigen (40 %). Nur 11 % wollen die DDR zurück.

Ein besonders Kapitel in jeder Bilanz stellen die Beschlüsse von Regierung und Parlament über

- die Verlegung der Bundeshauptstadt nach Berlin (1992) sowie über
- 
- die Errichtung der Behörde für die Aufarbeitung der Akten der Staatssicherheit dar  
- Gauck- oder auch Birthler-Behörde genannt –  
dar.

Die Handhabung der StASI-Akten war ein Schlüsselproblem der Auseinandersetzung der Dissidenten mit dem Regime (Sturm Normannenstr. 15. Januar 1990).

## VI.

### Schlussbetrachtungen

#### Die neue Lage

1. Die geostrategische Neuausrichtung in Beijing und Moskau in den siebziger und achtziger Jahren hat die friedliche und einvernehmliche Beendigung des Kalten Krieges zu den Bedingungen möglich gemacht, die Europa und die Welt von der Geißel eines Atomkrieges Ost-West befreien und die die Tür für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Völker in Europa und insbesondere der Europäischen Union weit öffneten

Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union ist unerlässlich für die Wahrung der Interessen aller beteiligten europäischen Völker in einer Welt, in der neben die klassischen Machtzentren wie Washington, Moskau und die EU neue Machtzentren wie Beijing, New Delhi, Brasilia und vielleicht auch ein Land aus Afrika als selbständig handelnde Zentren auf die Weltbühne treten werden – oder dies schon getan haben.

2. Deutschland trägt mit seinem innovationsfähigen Potenzial (Finanzen, Wirtschaft, Industrie, Wissenschaften, Kultur und Sozialordnungen) und wegen seiner geographischen Lage im Zentrum von West- und Mitteleuropa eine besondere Verantwortung für die konstruktive Gestaltung der europäischen Politik in der hier geschilderten machtpolitisch veränderten Struktur der Staaten- und Völkergemeinschaft.

Parlamentarische Demokratien tun sich erfahrungsgemäß schwer, große Aufgaben der internationalen Politik anzupacken und wahrzunehmen. Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 und der EURO-Krise im Jahre 2010 waren und sind Prüfsteine der parlamentarischen Demokratie. Die Klima – und Umweltkrise ist eine weitere Aufgabe großen Ausmaßes, in der europäische Initiativen notwendig sind, ganz zu schweigen von der

Armutskrise und dem unverzichtbaren Krisen-Management für Unruhezone der Welt, wie sie im Nahen und Mittleren Osten bestehen. Und das bedeutet, dass es ohne ein ausreichende Abschreckungs- und Interventionspotenzial militärischer Kräfte der Europäischen Union nicht geht.

3. Als Berliner Republik trägt Deutschland bei der Gestaltung der internationalen Politik und des europäischen Abstimmungsprozesses eine unmittelbare Mitverantwortung. In der Funktion der Bonner Republik an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts fiel uns eine schwierige, aber überschaubare Aufgabe zu.

Die politische Bewusstseinslage in Deutschland hat einen erheblichen Nachholbedarf, den zu befriedigen, nicht leicht fällt, besonders nicht in den neuen Bundesländern, die durch den Ost-West-Konflikt von den weltweiten Entwicklungen und Problemen weitgehend ausgegrenzt blieben.

4. In Weißbüchern zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte die ganze Bandbreite der Probleme dargelegt werden, an deren Bewältigung die Europäische Union und damit Deutschland beteiligt sind oder beteiligt sein sollten. In analoger Weise sollten die anderen Problembereiche – die der Finanzen, der Wirtschaft, Energie, Industrie und Innovation, aber auch die des Klimas, der Umwelt und der Armut bei uns und in der Welt behandelt werden. Auf diesem Wege kann gelingen, schrittweise einen Bewusstseinswandel in der Öffentlichkeit herbeizuführen – also die Bewusstseinslage unserer Öffentlichkeit auf die Höhe der Zeit zu bringen

In einer globalen Vernetzung von Staaten, Völkern, Volkswirtschaften und Währungen sind vereinbarte internationale Ordnungsstrukturen unerlässlich. Die Europäische Union ist in besonderer Weise qualifiziert, auf diesen Gebieten Initiativen einzuleiten und Lösungen auszuarbeiten.

Mit diesen abschließenden Bemerkungen möchte ich die Botschaft verbinden, dass wir mit dem Gut der deutschen Einheit auch neue Aufgaben im Lande, in Europa und auf der Weltbühne übernommen haben, bei deren Bewältigung wir etwas beitragen können und zu deren Bewältigung aus der Sicht unserer Nachbarn Deutschland aktiv beitragen sollte. Es reicht nicht die Erklärung der Bereitschaft, mit der jeweiligen Mehrheit gehen zu wollen oder gehen zu können.

Berlin Oktober 2010  
Hans-Georg Wieck